

des eingebettet. Ihre Grundlage bildet eine quantitative Inhaltsanalyse der Gerichtsberichterstattung von zehn Tageszeitungen, deren Ergebnisse Delitz in Beziehung zur amtlichen Statistik setzt. Im einzelnen handelt es sich um drei Lokalzeitungen («Hamburger Abendblatt», «Bergedorfer Zeitung» und «Harburger Anzeigen und Nachrichten»), die Hamburger Ausgabe von zwei überregionalen Qualitätszeitungen («tageszeitung» und «Die Welt»), drei überregionale Qualitätszeitungen ohne Berücksichtigung ihres Lokalteils («Frankfurter Allgemeine Zeitung», «Süddeutsche Zeitung» und «Frankfurter Rundschau») sowie zwei Boulevardzeitungen (die Hamburger Ausgabe der «Bild»-Zeitung und die «Hamburger Morgenpost»). Basis der Analyse sind zwei künstliche Wochen im ersten Halbjahr 1983.

Die Ergebnisse zeigen, daß die Zeitungen neben der bloßen Prozeßberichterstattung auch institutionelle Strukturen des Justizsystems der Bundesrepublik Deutschland relativ differenziert darstellen. Ihre Berichterstattung geht somit deutlich über Reportagen, die sich auf sensationalistische Aspekte von Gerichtsverfahren konzentrieren, hinaus, und vermittelt den jeweiligen Rezipienten einen adäquaten Einblick in den deutschen Justizapparat. Allerdings sind auch markante Unterschiede zwischen den verschiedenen Zeitungstypen zu konstatieren. Insgesamt beruht die vorliegende Studie auf umfangreichen Datenanalysen, deren Ergebnisse Delitz in übersichtlicher Weise präsentiert und sorgfältig interpretiert. JOACHIM FRIEDRICH STAAB, Mainz

Walter A. Mahle (Hrsg.): *Medienangebot und Mediennutzung*. Entwicklungstendenzen im entstehenden dualen Rundfunksystem. – Berlin: Wissenschaftsverlag Volker Spiess GmbH 1989 (= AKM-Studien, Bd. 31), 230 Seiten.

Dies ist der siebte Band in der Reihe der Dokumentationen der wissenschaftlichen Gespräche über kommunikationswissenschaftliche und kommunikationspolitische Fragen, die das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung seit 1980 veranstaltet. Die neue Struktur der deutschen Medienorganisation nach der Einfüh-

rung des privaten Rundfunks wurde zwar bereits in den Jahren 1987 und 1988 angesprochen; nunmehr stand sie im Mittelpunkt. Das Rahmenthema des ersten Treffens 1980 hatte Mediennutzung/Medienwirkung gelaute. Damals wurde versucht, die künftige Medienstruktur im Hinblick auf die möglichen Auswirkungen im weiteren Sinne vorherzusagen. Was hat sich inzwischen tatsächlich verändert? Muß man bei der Antwort berücksichtigen, daß die Nutzung des vervielfachten Programmangebotes in mancher Hinsicht schon die Wirkung ist (Änderung des Sehverhaltens und des Zeitbudgets in Haushalten und Altersgruppen)?

Der Leiter der Tagung, Professor Dr. Wolfgang Bergsdorf, konnte mit »Befriedigung darauf hinweisen, daß die Kommunikationswissenschaft 1980 in großer Übereinstimmung die damals technisch mögliche, politisch aber blockierte Erweiterung des Programmangebotes vorausgesagt hat«. Das betrifft in gleicher Weise die Angebots- wie die Nutzungsseite. Weil der Gegenstand der Forschung indessen so komplex ist, konnten selbst 1989 noch keine endgültigen Antworten gegeben werden. Wie von seiten der Nutzungsforschung zu erfahren war, hat sich der Fernsehkonsum nach der Einführung des Privatfernsehens nicht dramatisch erhöht. Was sich bereits bei der Begleitforschung in den Kabelpilotprojekten angedeutet hatte und was die Kulturpessimisten gar nicht gern wahrgenommen haben: Die Verbreitung des Fernsehangebotes hat weder Zahl und Dauer der Freizeitbetätigung noch familiäre Kontakte reduziert.

Auf der Angebotsseite stand die Vermehrung der Unterhaltungsprogramme im Vordergrund. Da niemand an dieser Tatsache vorbeisehen kann, konzentrierte sich das Interesse sowohl auf die Bewertungsfrage von »guter« und »schlechter« Unterhaltung sowie auf die Bedeutung von Unterhaltung für den Transport der politischen Berichterstattung. Hier haben die Gesprächsteilnehmer ausgesprochen differenziert und kontrovers argumentiert. Auf der einen Seite entspricht die audiovisuelle Vermittlungsform immer weniger der tatsächlichen Komplexität politischer Prozesse, auf der anderen Seite sind aber auch Anzeichen für eine »Repolitisierung« zu erkennen. Schließlich ist mediale Politikvermittlung zu einem »zentralen Leistungsbereich moderner Po-

litik« geworden. In diesem Zusammenhang erhält die Diskussion um das Vielfalt-Postulat neue Nahrung. Erfreulicherweise wurde beim Versuch einer besseren Kennzeichnung des Verständnisses von Vielfalt auch das Wirtschaftlichkeitsmoment einbezogen. Jedenfalls geht aus den Beiträgen hervor, daß Vielfalt als mehrdeutiger Begriff hingenommen werden muß.

Den weitaus größten Anteil der Diskussion hatten Einzelheiten der Mediennutzung in der Entwicklung wie bei der kulturellen Bewertung. In diesem Zusammenhang kamen zahlreiche Probleme zur Sprache, die seit längerem in der wissenschaftlichen Literatur behandelt werden: Rolle und Bedeutung der Musik im Rundfunk, interkulturelle Zusammenhänge beim Medienangebot, Probleme des europäischen Rundfunks bzw. der Europäisierung sowie der rechtlichen Normierung.

Wie sich von Jahr zu Jahr deutlicher zeigt, besteht unter der Mehrheit der Kommunikationswissenschaftler Konsens über die Einschätzung der Risiken der »neuen« Medien. Jedenfalls zeugt dieser Band von einer weitgehend ideologiefreien Behandlung der Probleme; das war nicht immer so.

Im übrigen kamen auch juristische Überlegungen zur Sprache. Dabei ging es um die Schwierigkeiten, die mit dem Versuch entstanden sind, dem dualen Rundfunksystem einen rechtlichen Rahmen zu setzen. Mit dem FRAG-Urteil von 1981 hatte das Bundesverfassungsgericht das öffentlich-rechtliche System abzuwandeln versucht, um es auf den privaten Rundfunk zu übertragen. Es verpflichtet das »duale Rundfunksystem« letztlich auf einen publizistischen Qualitätswettbewerb. Im Niedersachsen-Urteil beugte sich jedoch das Bundesverfassungsgericht in gewissem Maße der »normativen Kraft des Faktischen«. Es bestätigte beide Systeme in ihrem Selbstverständnis, so entstand eine Disparität, die eine Vielzahl ungelöster Folgeprobleme heraufbeschwor.

Auf einen weiteren Aspekt, das Verhältnis von nationaler Medienpolitik und europäischem, de-reguliertem Rundfunkmarkt, sei besonders hingewiesen. So kam der Gegensatz zwischen einer an enge Grenzen gebundenen und in viele Bundes- und Länderkompetenzen zersplitterten Kommunikationspolitik und der Konzentration

wirtschaftlicher Medienmacht im europäischen Maßstab zur Sprache.

Referate hielten (in der Reihenfolge des Inhaltsverzeichnis) folgende Kommunikations- und Medienwissenschaftler sowie Praktiker: Wolfgang Bergsdorf, Udo Michael Krüger, Erwin Faul, Claudia Mast, Beate Schneider, Michael Darkow, Elisabeth Noelle-Neumann, Marie-Luise Kiefer, Klaus Schönbach, Petra E. Dorsch-Jungsberger, Ulrich Sarcinelli, Ulrich Saxer, Peter A. Bruck, Martin Stock, Verena Metzger-Mangold.

Diese wenigen Hinweise können selbstverständlich nur einen höchst unvollständigen Eindruck vom Verlauf des Gesprächs und erst recht von der Qualität der einzelnen Referate vermitteln. Um so wichtiger ist es, daß diese nunmehr in gedruckter Form vorliegen.

FRANZ RONNEBERGER, Nürnberg

Jörg Becker / Tamás Szecskö (Hrsg.): *Europe speaks to Europe*. International Information Flows between Eastern and Western Europe. – Oxford, New York, Frankfurt/Main u. a.: Pergamon Press 1989, XX, 445 Seiten.

Den Ostblock gibt es nicht mehr. Als es ihn noch gab (oder mindestens zu geben schien), trafen sich 56 Experten aus 19 Staaten (überwiegend Wissenschaftler) in der Evangelischen Akademie Arnoldshain bei Frankfurt. Im Frühjahr 1988 analysierten sie Geschichte, Gegenwart und Perspektiven des Programm-, Daten- und Informationsaustausches zwischen Westeuropa und Osteuropa. Die Vorträge dieser Tagung versammelt der Band »Europe speaks to Europe«, gegliedert in fünf Kapitel: »Politik, Kultur und Wissenschaft«, »Fernseh-Programmaustausch«, »Austausch von Daten«, »COCOM-Liste und amerikanische Exportkontrollen«, »Internationale Vereinbarungen und Völkerrecht«.

Fast alle Vorträge unterscheiden sich wohlthuend von internationalen Treffen im Rahmen der UNESCO oder der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Bestanden diese über Jahre hinweg aus der Darlegung bekannter ideologischer, juristischer und politischer Positionen, so praktizierten die Teil-